

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unzeitig eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abonnementpreise: Das Blatt kostet im Jahre monatlich 3.00 Mk., bei halbjährlicher Abnahme 5.00 Mk., bei vierteljährlicher Abnahme 2.50 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Durch den Fernpostweg kostet das Blatt monatlich 3.50 Mk., bei halbjährlicher Abnahme 6.00 Mk., bei vierteljährlicher Abnahme 3.00 Mk. Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz und der Zeitdauer zu erfragen. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen.

Regelungsanstalt für die Arbeiter in den Bergwerken des Erzgebirges. Die Arbeiter in den Bergwerken des Erzgebirges sind durch die Arbeitervereine des Erzgebirges geschützt. Die Arbeitervereine des Erzgebirges sind durch die Arbeitervereine des Erzgebirges geschützt.

Nr. 44.

Donnerstag, den 22. Februar 1917.

12. Jahrgang.

Verlustreiche Niederlage der Engländer.

Die Erwartungen vom neuen U-Bootskrieg übertroffen. — Erneute reiche U-Boot-Beute. — Bonar Law über die Friedensfrage. — Deutschland und die Kohlenversorgung der Neutralen. — Vollmachten für Wilson. — Keine Beschlagnahme deutscher Schiffe in Amerika!

Drei deutsche Staatssekretäre über den Unterseekrieg.

Der Hauptauschuss des Reichstages im letzten Mittwochvormittag zusammengetreten. Die Beratungen, denen die Staatssekretäre Dr. Helfferich, v. Capelle, Graf Rüdern und Zimmermann beiwohnten, waren zunächst vertraulich. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes machte vor Eintritt in die Tagesordnung eingehende vertrauliche Mitteilungen über die Entwicklung der politischen Lage seit dem 31. Januar. Er behandelte die Haltung der verschiedenen neutralen Mächte und stellte ein Weisbuch mit den gewechselten diplomatischen Schriftstücken in Aussicht. Der Staatssekretär ging dabei ausführlich auf die Lage ein, die Amerika gegenüber durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingetreten ist. Zum Schluss sprach er unter dem Vorbehalt des Ausschusses seine feste Überzeugung aus, daß wir durch die Anwendung der Unterseeboots-Waffe das vorgesetzte Ziel erreichen werden.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes betonte in Ängeren, am Schluß mit lebhaftem Beifall begrüßten Ausführungen, daß die Erwartungen, welche die Marine auf den unelingschränkten Unterseebootskrieg gesetzt habe, nicht nur erfüllt, sondern übertraffen worden seien. Bei der systematisch durchgeführten Verschleierung, denen sich vor allem die englische Presse in Bezug auf Schiffversenkungen auf Veranlassung der Regierung befleißigt, sei es naturgemäß schwierig, schon jetzt mit sicheren Zahlen hervortreten. Die vor einiger Zeit in einer großen Berliner Tageszeitung gebrachte Zahl von versenkter Tonnage sei keineswegs zutreffend; dafür habe er bereits Beweise in Händen. Man täte gut, derartige farnormale Zusammenstellungen, die von unseren Feinden nur dazu benutzt werden, gegen uns zu agitieren und die großen Erfolge des Unterseebootskrieges zu verkleinern und zu verhehlen, lieber zu unterlassen, bis die amtlichen Feststellungen vorliegen.

Er könne, abgesehen eine Reihe von Unterseebooten entsprechend ihrem großen Aktionsradius und dem ihnen erteilten Anweisungen von ihrer Streife noch nicht in ihre Ausrüstungsräume zurückgeführt seien, schon jetzt berichten, daß das Ergebnis die von der Marine gesetzten Erwartungen übertraffe. Sehr erfreulich sei, daß keine Veranlassung vorliege, mit dem Verluste auch eines Unterseebootes seit Beginn des unelingschränkten Unterseebootskrieges zu rechnen. Die Abwehrmaßnahmen, von denen in der englischen Presse und im englischen Parlament soviel Wesens gemacht werde, hielten sich nach den Meldungen der zurückgeführten Unterseeboote in normalen Grenzen. In der Nordsee herrsche so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schifffahrt sei offenbar so gut wie eingestellt. Zusammengefaßt, könne die Marine mit der größten Zuversicht der weiteren Entwicklung des Unterseebootskrieges entgegensehen. Die Erwartungen, die das deutsche Volk an ihn knüpfte, seien durch die bisherigen Ergebnisse voll gerechtfertigt worden.

Der Staatssekretär des Innern wies auf die starke Verschlechterung der Versorgung Englands mit unentbehrlichen Bedarfsgütern (Brennstoffen, Getreide, Holz) und der Kohlenversorgung der Alliierten und Neutralen durch England im Dezember 1916 hin. Der Rückgang gegen den Dezember 1915 sei erheblich größer als der Durchschnittsrückgang des ganzen Jahres 1916 gegen 1915. Die Zahlen zeigten, daß

Der amtliche Kriegsbericht von heute

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 22. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.
Südlich von Armentières kamen nach harter Kämpfe mehrere englische Stompagnien in unsere Eilungen. Kraftvoller Gegenstoß warf sie sofort hinaus. Bei Säuberung der Gräben wurden 200 tote Engländer gezählt 39 Mann gefangen mitgeführt.
Erkundungsvorstöße des Feindes südwestlich von Warneton, südlich des La Bassée-Kanals und zwischen Ancre und Somme schlugen fehl.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Südöstlich von Riga und am Südbufer des Narva-Sees scheiterten Unternehmungen russischer Abteilungen. Bei Dabusch, an der Schifffahrt und an mehreren Stellen zwischen dem Dniepr und den Waldkarpaten wurden einige Handstreichs von unseren Stotrupps erfolgreich durchgeführt.

Im der Front des Generalobersten Erzherzog Josef und bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Raden. herrschte bei Schneetreiben nur geringe Beschaftstätigkeit. Mazedonische Front.

Westlich des Bardar versuchten die Engländer sich vor unserer Stellung einzunisten. Sie wurden im Handgranatentampf vertrieben.
Der erste Generalquartiermelker (W. T. B.) Lubendorf.

Die dritte Versorgung geht an den Gefahrpunkt herangerückt ist. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus könne mit aller Bestimmtheit auf die vollständige Erfüllung aller an den Unterseebootskrieg geknüpften Erwartungen gerechnet werden. (W. T. B.)

Diese Ausführungen der drei Staatssekretäre werden ohne jeden Zweifel so weit die deutsche Zunge klingen mit größter Befriedigung aufgenommen werden. Die tatsächlichen Erfolge unserer U-Boote sind sicherlich auch noch wesentlich höher als die bis jetzt mitgeteilten schon sehr hohen Zahlen von versenkten Schiffen erkennen lassen, da von der Mehrzahl der Unterseeboote überhaupt noch keine Meldungen vorliegen. Den Versenkungen muß bei der Schätzung des Erfolges des unelingschränkten Tauchbootskrieges ferner die Rahmlegung eines großen Teiles der neutralen Schifffahrt im Sperrgebiet für die Beurteilung des Gesamterfolges hinzugezählt werden. So erwarten wir voller Zuversicht die vollständige Erfüllung aller von uns an den U-Bootskrieg geknüpften Hoffnungen und Wünsche!

Neue reiche U-Bootbeute.

Zwei gestern zurückgeführte Unterseeboote haben 24 Dampfer, drei Segler und 9 Fischereifahrzeuge versenkt, u. a. hatten geladen Schiffe von 9100 Bruttoregistertonnen Kohlen, von 3000 Bruttoregistertonnen Eisen, von 3800 Bruttoregistertonnen Lebensmittel (eines die Hälfte davon Butter und Margarine), von 2200 Bruttoregistertonnen Weizen und Haen, ein Dampfer von 2700 Bruttoregistertonnen Kriegsmaterial nach Italien, von 400 Bruttoregistertonnen Zinn, von 300 Bruttoregistertonnen Stahlgut, von 300 Bruttoregistertonnen Hufeisen. Ferner bestand sich unter den versenkten Schiffen ein Landdampfer von 7000 Bruttoregistertonnen, ein Geschütz wurde erbeutet.

Die in der französischen Presse gestern und vorgestern veröffentlichten amtlichen Berichte über Schiffversenkungen umfassen 36823 Tonnen, wobei die in der Liste aufgeführten beiden Neufundland-Segler Kosee und Dorothy der italienische Segler Nila und der englische Dampfer Jola (350 Bruttoregistertonnen) in diese Tonnagezahl nicht eingerechnet sind. Die französischen Behörden beschließen, künftig täglich amtliche Berichte über Kriegsverluste herauszugeben und alle privaten Meldungen zu unterdrücken. In die amtlichen Berichte werden anscheinend nur Klogmeldungen aufgenommen.

Der Konsummangel Englands.

Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News schreibt: Es mache der Regierung viel Kopfschmerzen, zu erdenken, welche Güter von einer gewissen Bedeutung von der Einfuhr ausgeschlossen werden, um Schiffraum zu gewinnen. Es ist in dieser Richtung mehr geschehen, als ursprünglich beabsichtigt war. Lord George will am Donnerstag über die Frage eine Erklärung abgeben. Es wird beabsichtigt, die Einfuhr von Papier und Holzstoffen noch weiter zu beschränken, nachdem sie schon auf die Hälfte gebracht wurde. Es sind auch Unterhandlungen mit Frankreich im Gange, um es zu veranlassen, die Einfuhr nach England zu verhindern.

Wasserflugszeuge zur Begleitung der englischen Handelsflotte.

Der Baseler Anzeiger berichtet: Die Basler Ausgabe des New York Herald meldet, daß den englischen Handelschiffen auf eine gute Strecke Wasserflugszeuge zur Begleitung mitgegeben wurden, insbesondere von der irischen Küste aus nach Westen.

Gegen die U-Boot-Gefahr.

London Gazette teilt mit, daß bis auf weiteres nur britische und alliierte Schiffe in Lynmouth anlaufen dürfen. Die Admiralität hat verboten, daß fremde Boote in den Häfen und Territorialgewässern des vereinigten Königreiches von Plymouth bis St. Abb's Head tätig sind. (W. T. B.)

Reuten Sie ein?

Deutschland wirtschaftlich vollständig zugrunde zu richten, wie es viele englische Wirtschaftsexperten, entspricht nach Fairplay gar nicht den Interessen Englands. Auch in Zukunft müßten die Schiffe aller Mächte die Geläubnis haben, mit Englands Häfen in Handelsverbindung zu treten; nur dürfen die Bedingungen für den ausländischen Wettbewerber nicht günstiger sein als für den englischen. Auch die Benutzung der englischen Kohlenstationen ist ihnen zu gestatten, weil sonst neben der englischen andere errichtet würden.

Schwedische Anerkennung deutschen Rechts.

Der Militärattaché Ernst Albedahl behandelt im Aftronblad die rechtliche Grundlage des deutschen Unterseebootskrieges und weist zunächst nach, daß England das Land war, das zuerst die alten Völkerrichtsregeln mit Füßen getreten hat. Im Anschluß hieran erklärt Albedahl: Die Lage ist jetzt so, daß England seit 2 1/2 Jahren die Hungerblockade ausreicht erhält, aber keine Moral kann aus deutschen Willen zwingen, freiwillig zu verhungern. Es hat lange genug ausgehalten und Rücklicht auf die neutrale Schifffahrt nach England genommen. Jetzt aber hat die große Entscheidungsskizze geschlagen. England hat die Hungerblockade als Waffe gewählt. Deutschland antwortet mit der gleichen Waffe. Das ist auch sein volles Recht. Rants Will kommt hier mit dem kategorischen Imperativ, der beschließt, England zu besiegen. Und das bedeutet für uns Schweden vor allem, daß Schweden nach Ästen zurückgedrängt wird. Wir hatten vor dem Kriege nichts gegen England. Aber dieses Reich kämpfte für die Ausdehnung der russischen Unterdrückung in Europa. Deshalb müssen wir Englands Niederlage wünschen. Wir können nichts Besseres tun, als unsere Schifffahrt nach England soviel wie möglich zu unterbrechen, um das Leben der eigenen Marinen zu retten. Zwei Frauen war über

die Opfer mehr Fühlung mit Deutschland gewinnen. Wird England durch die Neutralität erreicht, so wird die Entente geschwächt, so daß die Neutralen sich zu den Mittelmächten hingezogen fühlen.

Neber die Zugestände der britischen Schwedischen Reichstags-Sitzung. schreibt die Mailänder Zeitung Stanza Winston-Churchill, die Stellung der Regierung sei, nach allen Anzeichen zu urteilen, durch diese Sitzung nicht geschwächt, sondern gestärkt worden.

Bonar Law über die Friedensfrage.

(Neuer.) Bonar Law antwortete im Unterhaus auf die Reden einiger pazifistischer Abgeordneten, die zu Friedensverhandlungen drängten, und sagte: Der beste Beweis für unseren Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit war, daß das Haus in Schweden zugehört hat. Zur Friedensfrage erklärte er: Wir hätten uns zu fragen, ob es irgendein anderes Mittel gab, durch das wir die Freiheit retten konnten, außer dem, daß wir für sie kämpften.

Der Unterschied zwischen Recht und Unrecht besteht allerdings. Er läßt sich sehr einfach auf die Formel bringen: Hierbund und Hierverband. Doch Recht steht noch an einem langen Krieg. Bei der Eröffnung des neuen Soldatenjahres sprachlicher Männer in London erklärte Kriegsminister Lord Derby in einer Ansprache, es wäre ein schwerer Fehler, zu glauben, daß das Ende des Krieges nahe oder der Sieg leicht zu gewinnen sei.

Deutschland und die Kohlenversorgung der Neutralen. Im vorigen Monat begannen die Kohlenzüge zwischen England und Deutschland zu fließen. Sie sollen täglich neun Güter mit 50 Wagen geschickt werden. Sie werden sofort über ganz Holland verteilt werden und schnellstens zurückerlaufen.

Vollmachten für Wilson.

Sanjting forderte den juristischen Ausschuss des Senats auf, die Vorlage schnell zu erledigen, die den Präsidenten ermächtigt, die bewaffnete Macht zu benutzen, um die Verpflegung der Neutralität kraftvoll aufrecht zu erhalten für den Fall, daß ein bewaffnetes Schiff eines kriegführenden Staates, das in einem amerikanischen Hafen interniert ist, zu entkommen versuchen sollte.

Oesterreichisch-ungar. Heeresbericht.

Amlich wird in Wien verlanbart den 21. Februar: Oestlicher und Südlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse. Südlicher Kriegsschauplatz. Der Artilleriekampf an der tschechisch-ungarischen Front war nachmittags wieder recht lebhaft.

Bulgarischer Heeresbericht.

Bulgarischer Kriegsbefehl vom 20. Februar: Mazedonische Front: Zwischen Wardar und Doiran-See ziemlich lebhaftes Artilleriekampf. Gegen 8 Uhr abends steigerte sich das feindliche Artilleriefeuer südlich von Stofalowo zum Crommelfeuer, das ungefähr eine Stunde andauerte.

Türkischer Heeresbericht.

Amlicher türkischer Heeresbericht vom 20. Februar: Tigrisfront. Am 19. Februar Infanterie- und Maschinengewehrfeuer bei Gellah. Am folgenden Tage nahm der Feind unsere Stellung bei Gellah unter heftigem Artilleriefeuer an.

Der amerikanische Schiffsverkehr.

Die Neue Korrespondenz meldet aus Washington: Das Marineministerium erteilt Befehlung zum sofortigen Bau von sechs Schlachtschiffen, von denen jeder einen Wassinhalt von 34 900 Tonnen (?) aufweisen wird.

Die Kämpfe an den österreichisch-ungarischen Fronten.

Der militärische Mitarbeiter der Grazer Tagespost schreibt: An der Ostfront ist der russische Angriff nördlich des Litzjales eine Fortsetzung geblieben. Bislang war es nur eine Belagierung oder Einkesselung zu weiteren militärischen Maßnahmen unserer Front.

Zenerung im Anstano.

Die Gazette de Louvaine meldet: In Ozerum wie in Gend macht sich die Zenerung furchtbar fühlbar. Ein Kilogramm Zucker kostet 3/4 bis 1 Rubel, ein Kilogramm Mehl 8 Kopeken.

Wichtiges Ereignis in England bevorstehend?

In geheimnisvoller Weise bereitet der Pariser Abend auf wichtige Ereignisse in England vor. Es sei für die letzte Februarwoche eine große Ministerkonferenz nach Barfioje Selo unter dem Präsidium des Jacen einberufen, in der Fragen von großer politischer Bedeutung zur Erledigung kommen würden.

Drachnachrichten.

Berlin, 22. Februar: Die Westfront steht bei unstilligem, regnerischem Wetter noch immer im Zeichen von Artillerie- und Vorkampfsgefechten. Die Engländer haben trotz Bemühungen an der Ancre seit Newjahr nur ein unbedeutendes Geländegewinn, das größtenteils planmäßig geräumt wurde, dessen Nutzen. Es ist noch nicht einmal das Doppelte des deutschen Gewinnes eines einzigen Tages, das Vorkampfs auf die Höhe 185 südlich Ripont, welches Gelände von 2600 m Breite und 800 m Tiefe einbrachte.

Keine Beschlagnahme deutscher Schiffe in Amerika.

Berlin, 22. Februar. Wie wir erfahren, sind die an Bord der Karombale nach Deutschland eingebrachten amerikanischen Metalltücher der Besatzungen aufgebracht. Die nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hier eingetroffenen Nachrichten aus Amerika über die Beschlagnahme deutscher Schiffe und die Internierung der deutschen Besatzungen liegen es rasch erschienen, bis zu einer amtlichen amerikanischen Mitteilung über den wirklichen Sachverhalt die Leute nicht freizugeben.

Zur Kriegslage.

Bern, 22. Februar. Siegenmann schreibt im Bund zur Kriegslage: Das Problem des englisch-französischen Durchbruches in einjacher und konzentrischer Gestalt werde räumlich allmählich so genau abgetrennt, daß die Deutschen es verhältnismäßig leicht hätten, offensive Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Vollmachten Wilsons.

Berlin, 22. Februar. Zu dem im Senat in Washington eingebrachten Gesetz, welches den Präsidenten ermächtigt, über die Land- und Seestreitkräfte zu verfügen und ebenso über jedes Schiff, das die amerikanische Flagge trägt, gleichviel ob es dem Staate gehört oder in Privatbesitz ist, befindet sich im Senat die Opposition.

Neue Parteien mehr in Amerika — nur noch Entente-Freunde.

Bern, 22. Februar. Der Sonderberichterstatter des Moniteur in New York teilt, daß es seit dem Abbruch der Beziehungen mit Deutschland keine Parteien mehr in Amerika gebe, sondern nur noch Entente-Freunde und Verbands-Freunde. Drei Viertel der republikanischen Partei seien augenblicklich die feste Sache Wilsons.

Wäner für die englische Armee.

Rotterdam, 22. Februar. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London unterm 20.: In einer Versammlung der Zentralwirtschaftskammer sagte der Präsident des Eisenbauamtes, Brothert: Das Kriegsjahr hat mehr Männer für die Armee verlangt. Ich würde eine stärkere Stellung haben, wenn ich ebenso wie das Munitionsministerium die Befugnis hätte zu bestimmen, welche Männer unablöslich sind.

Unzufriedenheit mit dem englischen Landwirtschaftsminister.

Berlin, 22. Februar. Der englische Landwirtschaftsminister gab vor einigen Tagen im Unterhaus eine Rede über die Tätigkeit des Ministeriums seit seinem Amtsantritt. Obwohl er sich erhebliche Mühe gab, heißt es in verschiedenen Wätern, ging aus seiner Rede dennoch klar hervor, daß die Versuche, die heimische Nahrungsmittelproduktion zu heben, noch keine großen Erfolge gezeitigt haben.

Die Friedensfrage im englischen Unterhaus. Rotterdam, 22. Februar. Nieuwe Rotterdamse Courant berichtet über die gestrige Unterhausführung nach:

Noel Burton Longe, daß er wolle, die Friedensfrage zu Ende des Krieges zu stellen, welche von den Deutschen das einzige Mittel sei, Deutschland zu bringen.

Stockholm hat der Ausländischen Mission 30 Millionen Konventionen für die Vermehrung im Zusammenhang mit dem Tagblad betraucht der j...

Berlin, 22. Februar. Die Erhebung eines Verordnungsverfahrens zur Entlastung der Wirtschaft im Ausland...

Die Steuerpolitik tritt ein mit der Fälligkeit, sobald die Steuererträge für die inländische Wirtschaft...

Die furchtbare Lage. Das Blatt meldet, daß die Januar eine von Menschen den Berichten vom mittags das gesprengt. Die eines Erdbebens material hatten ein Alometer naheinander...

Die furchtbare Lage.

Das Blatt meldet, daß die Januar eine von Menschen den Berichten vom mittags das gesprengt. Die eines Erdbebens material hatten ein Alometer naheinander...

Dem Reich...

Dem Reich... Die weite... Der Weisung der Reichsbank für 1916...

Die Vorlage...

Die Vorlage zur Kriegsteuer auf Grund des Gesetzes vom 2. August 1914...

Noel Burton stellt unter Bezugnahme auf eine Bemerkung Longs, daß England die deutschen Kolonien behalten wolle, die Frage, ob Longs hierüber eine Erklärung geben könne. Longs erwiderte, er habe nicht gesagt, daß Deutschland keine Kolonien haben dürfe. Die Regelung am Ende des Krieges würde von den Bedingungen abhängen, welche von den Teilnehmern der Friedenskonferenz aufgestellt werden würden. Wardle (Arbeiterpartei) sagte, das einzige Mittel einen dauernden Frieden zu schaffen, sei, Deutschland eine große militärische Niederlage beizubringen.

Schwedens Neutralität.

Stockholm, 22. Februar. Laut Stockholms Dagblad hat der Ausschuss für die zur Wahrung der Neutralität nötigen Massregeln die von der Regierung geforderten 30 Millionen auf 10 Millionen herabgedrückt. Die konservativ-ministerielle im Ausschuss hat gegen diesen Beschlus der Liberalen und sozialdemokratischen Mehrheit Vermehrung eingelegt. Die Frage wird am nächsten Sonntagabend im Reichstag besprochen werden. Stockholms Dagblad betont, daß das Vorgehen der Linken in Anbetracht der jetzigen Zeit doppelt unverantwortlich sei.

Entwurf des Kohlensteuergesetzes.

Berlin, 22. Februar. In dem Entwurf des Kohlensteuergesetzes, welcher dem Reichstag zugeht, wird die Erhebung einer Steuer von 20 vom Hundert des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zu führen oder eingeführten Kohle vorgeschlagen. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer von ihm im Inland gewonnene Kohle oder aus ihm gewonnener Braunkohle hergestellte Preßkohlen auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zuführt. Ferner ist zur Entrichtung der Steuer verpflichtet, wer von einem anderen im Inland gewonnene Braunkohle zu Preßkohlen verarbeitet und dann auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zuführt. Er erhält bei Besteuerung der bei ihm steuerpflichtig gewordenen Kohle die Steuer verjüht, welche für die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist. Zur Entrichtung der Steuer für aus dem Ausland eingeführte Kohle ist der Empfänger verpflichtet. Die Steuerpflicht für die inländische Kohle tritt ein, sobald die Kohle geliefert, sonst abgegeben oder dem eigenen Verbrauch zugeführt wird. Die Steuer wird fällig am 15. des Monats. Die Steuerpflicht für aus dem Ausland eingeführte Kohle tritt ein mit der Grenzüberbreitung. Die Steuer wird fällig, sobald die Sendung zum freien Verkehr abgefertigt worden ist. Der Besteuerung unterliegen nicht die zur Aufrechterhaltung des Betriebes des Bergwerkes, sowie der Aufbereitungsanlagen erforderlichen Kohlen, ferner diejenigen Mengen von Braunkohlen, welche zur Herstellung der Preßkohlen benötigt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt Bestimmungen zu treffen, inwieweit Kohle steuerfrei zu belassen ist, welche zum Betrieb von Schiffen oder Eisenbahnzügen dient, die den Verkehr mit dem Ausland vermitteln.

Wudwas angehöhen sind. Die Einwirkungen des Krieges auf die gesamte Volkswirtschaft haben mit seiner weiteren Dauer immer mehr an Wucht und Umfang zugenommen. Dadurch rechtfertigt sich die Forderung nach einer Erhöhung des Ausgleichs durch die reichsgesetzlich vorgesehene Sonderbesteuerung für diejenigen Personen und Unternehmungen, die aus den während der Kriegszeit sich vollziehenden großen Wertveränderungen mit einer Verbesserung oder wenigstens ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgehen. Die Gesamtbelastung wird durch den Zuschlag zwar vergrößert, sie wird aber den durch sie betroffenen Kreisen im Vertrauen auf ihre väterländische Opferbereitschaft zugunsten werden können und volkswirtschaftlich noch erträglich sein. — Nach der Vorlage betragen die erhöhten Abgaben bei einem Vermögenszuwachs von 10 000 Mark statt 500 Mark 600 Mark, von 20 000 Mark statt 1500 Mark 1800 Mark, von 40 000 Mark statt 5000 Mark 6000 Mark, von 100 000 Mark statt 19 500 Mark 23 400 Mark usw., steigend bis zu einem Vermögenszuwachs von 5 Millionen, wo statt der bisherigen 2 374 500 Mark (47,5 Prozent) 2 849 400 Mk. (also 57 Prozent) erhoben werden.

Die Sicherung der Kriegsteuer.

Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Kriegsteuer will verbieten, daß aus Gründen der Steuerdrückerei deutsche steuerpflichtige Personen ihren Sitz ins Ausland verlegen. Vor der Verlegung des Wohnsitzes solcher Personen ins Ausland muß auf Verlangen der Steuerbehörde Sicherheit für eine künftige Kriegsteuer geleistet werden. In der Begründung heißt es, daß die Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe für einen weiteren Veranlagungszeitraum insofern der Fortdauer des Krieges, ganz abgesehen von den geldlichen Bedürfnissen des Reiches, ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit ist und daß es sich empfiehlt, für die Ausgestaltung dieser Kriegsabgabe die Erfahrungen bei der Veranlagung nach dem bisherigen Kriegsteuergesetz zu verwerten. Weiter ergeht sich die Notwendigkeit, schon jetzt gewisse Sicherungsmaßnahmen zu treffen, damit die spätere Abgabenerhebung nicht erschwert oder gefährdet werde. Zu einer grundsätzlichen Abweichung von der bisherigen Regelung bestehe kein Anlaß. Da indes aber mit der längeren Dauer des Krieges seine Einwirkungen immer weiter und tiefer greifen, erscheine die Forderung nach einer Verschärfung der Kriegsteuer begründet. Deshalb sollen auch im kommenden Geschäftsjahr nicht wie bisher 50, sondern 70 vom Hundert des Mehrertrages der Kriegsteuerdrückerei zugeführt werden. Eine Festlegung der Mehrertrags in noch größerem Umfang verbiete sich aus volkswirtschaftlichen Erwägungen.

Die neue Kreditvorlage.

Ein Nachtrag zum Staatshaushalt von 1916, der dem Reichstag jetzt zugeht, ermächtigt den Reichskanzler, zur Befreiung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 15 Milliarden Mark auf dem Wege des Kredits flüssig zu machen.

Wie soll sich der Landwirt zu den Lieferungsverträgen für Gemüse stellen?

Wer gerecht denkt, muß anerkennen, daß von der Anpassungsfähigkeit unserer Landwirtschaft, von anderem zu schweigen, wirklich alles mögliche verlangt wird. Der Landwirt soll genügend Getreide bauen und dabei die Futtermittel nicht vergessen, er darf die Kartoffelerzeugung nicht vernachlässigen und muß gleichzeitig Hülsenfrüchte anbauen. Der Landwirt wird gemahnt, Flachs zu produzieren und so fort — alles bei stark verminderten Arbeitskräften, unzureichenden und schwer zu beschaffendem Dünger, mangelndem Arbeitsvieh und manchmal knappem Saatgut. Deshalb kann man es begreifen, wenn der Landmann etwas unwillig wird, wenn er in den Zeitungen fast täglich davon liest, daß er auch dem Gemüsebau erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und sich besonders für die im Vordergrund der Erörterung stehenden Lieferungsverträge interessieren soll. Darum erscheint eine nähere Präzisierung der Frage wohl angebracht, worin das Wesen der Lieferungsverträge besteht, und was der Landwirt von ihrem Abschluß zu erwarten hat. Auf Grund der freiwilligen Grundlage, also durch privatrechtlichen Vertrag suchen sich die Kommunalverbände der Verbrauchergemeinden bei den Erzeugern von Gemüse die benötigten Mengen auf einen längeren Zeitraum zu sichern. Es kauft nicht mehr der einzelne Verbraucher von dem einzelnen Erzeuger, sondern die in Kommunalverbänden zusammengeschlossene Verbraucherschaft erwirbt die Ware im Großen von einer Gesamtheit von Erzeugern. Die bedeutenden Vorteile dieses Verfahrens liegen auf der Hand. Für die Kommunalverbände und Konsumenten bestehen sie vorzugsweise in der Sicherheit, ausreichende Gemüsemengen zu bekommen. Die Produzenten haben die Gewähr, ihr gesamtes Gemüse zu einem lohnenden Preise an einen zahlungsfähigen Käufer absetzen zu können, ohne sich um den sonst üblichen Verkauf in kleinen Posten irgendwie kümmern zu brauchen.

Den Zusammenschluß der Verkäufer von Gemüse zu einer Verkaufsorganisation soll tunlichst der Kommunalverband des Ausfuhr- (Erzeuger-) Bezirks bewirken. Es bleibt aber auch den landwirtschaftlichen Berufsvereinen, wie landwirtschaftliche Kreisvereine, bestehende Absatzgenossenschaften und dergl., unbenommen, die Erzeuger zu vereinigen. Es ist klar, daß die Versorgung mit Gemüse des weitesten auf zwei Wegen erfolgen kann; entweder durch die Verpflichtung der Anbauer zur Bestellung einer gewissen Uckerfläche (Anbauvertrag) oder zur Lieferung einer bestimmten Menge an Gemüse (Lieferungsvertrag). Die erste Form erscheint für beide Vertragsparteien als vorteilhafter, da sie das Unsicherheitsmoment des Erntertrages besser berücksichtigt, denn niemand vermag voraussehen, ob Gemüse in diesem Jahre gut oder schlecht gedeihen wird. Um eine zweckmäßige Verteilung der von den einzelnen Kommunalverbänden getätigten Verträge bewirken zu können und zu verhindern, daß durch Preisstreben unvorhergesehenen Umlauf von Lieferungsverträgen sowie die Gemüseversorgung überhaupt gefährdet wird, tritt in die von den Kommunalverbänden mit den Erzeugerorganisationen abgeschlossenen Verträge die Reichsgemüsegesetz ein. Sie tritt indessen die Verträge an die Kommunalverbände wieder ab, sodaß der ursprüngliche Zustand erneut hergestellt wird. Dies auf den ersten Blick unverständliche und unverständliche Verfahren geschieht den Gemüsebauern einen bedeutsamen Vorteil. Es sichert den Landwirten nämlich die unbedingte Erfüllung der Verträge sowohl hinsichtlich der abgeschlossenen Menge als insbesondere in Bezug auf den vereinbarten Preis. Denn wenn wir einleuchtend ausführen, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse als alleiniges Mittel zur Verbesserung der Versorgung nicht in Frage kommen könne, so kann doch auf dem Mittel der Preisbegrenzung in Verbindung mit anderen wirksamen Maßnahmen, als die man den Abschluß von Lieferungsverträgen erkannt hat, nicht verzichtet werden. Es ist also mit der Festsetzung von Reichsgemüsepreisen bestimmt zu rechnen. Die dafür zuständige Reichsregierung aber ist die gleiche, die in die Lieferungsverträge eintritt. Daraus ergibt sich, daß diese Stelle an die von den Kommunalverbänden im Namen der Reichsregierung abgeschlossen, von ihr zu befristenden, nach einheitlichem Muster gehaltenen und mit den gleichen Preisen ausgestatteten Lieferungsverträge unter allen Umständen gebunden ist. Aus diesem Grunde und zur größeren Sicherheit der Gemüsebauern tragen deshalb alle Lieferungsverträge an Gemüse folgenden Inhalt des Präsidiums des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Wird, wie zu erwarten steht, ein Höchstpreis festgesetzt, der niedriger ist als der Vertragspreis, so bleibt der Anspruch des Anbauers auf den höheren Vertragspreis unberührt. Sollte wieder erwarten der Höchstpreis höher sein als der Vertragspreis, so darf der Anbauer die Zahlung des höheren Höchstpreises verlangen. — Diese bindende unumstößliche Zusicherung spricht sich selber. Mit Wirkung für das ganze Reich sind in dem Lieferungsverträge folgende Preise für den Unternehmer gelunder marktfähiger Handelsware frei verladen im Bahnwagen oder Schiff vorgesehene: für Herbstweißkohl 3 Mk., für Dauerweißkohl 4 Mk., für Rotkohl 3,50 Mk., für Dauerrotkohl 8 Mk., für Wirsingkohl 6 Mk., für Dauerwirsingkohl 7,50 Mk., für gelbe Kohlräben 2,50 Mk., für weiße Kohlräben 2 Mk., für rote Speisemöhren 6 Mk., für gelbe Speisemöhren 4 Mk., für weiße Möhren 3 Mk., für Zwiebeln vom 15. September bis 31. Oktober 8 Mk., dann von Monat zu Monat bis zum 1. März 1918 um je 50 Pfg. steigend bis zu 14 Mk. Für das Einmieten aller Gemüsearten werden für Monat und Zentner 50 bzw. 25 Pfg. besonders vergütet. Wohlverstanden, diese gewiß im Einklang mit den erhöhten Anbaukosten stehenden, unabänderlichen Preise gelten nur für Herbstgemüse. Hinsichtlich des Gemüses sollen etwaige Lieferungsverträge im wesentlichen auf Grund freier Vereinbarung — wenn auch nach einheitlichen Gesichtspunkten — zustande kommen. Ihrer Natur nach können die Lieferungsverträge, gleichgültig, ob für Herbst- oder Frühjahrslieferung, sich nur auf solche Gemüseanbauer erstrecken, die die Erzeugung selbstmäßig betreiben. Die Zuführung der gartenmäßig gewonnenen Gemüse und der später im eigenen Haushalte des Gemüsebauers sich ergebenden Ueberflüsse an Gemüse auf die Märkte soll auf anderem Wege erfolgen, über den hier nicht geredet werden soll.

Ueberblicken wir das Wesen der Lieferungsverträge und ihre Wirkung auf den Landwirt, so muß das Urteil auch vom Standpunkte des Erzeugers nur günstig lauten. Gesicherter Absatz, feste und auf anderem Wege bestimmt nicht zu überbietende Preise, Aussicht auf höheren Erlös als zu den Höchstpreisen, Anknüpfung von wertvollen Beziehungen, die auch im Frieden fortbestehen können, zu den Bedarfsgemeinden, vorteilhafter Transport in Wagenladungen (die Eisenbahn sorgt für rechtzeitige Befreiung von Wagen; die Kommunalverbände halten das erforderliche Packmaterial zur Verfügung) und Fortfall des mit Arbeit und Ungelegenheiten verknüpften Kleinverkaufs sind die hervorzuhebenden Vorteile der Lieferungsverträge für Gemüse, unter denen die Anbauer besonders empfindlich sind. Jeder Gemüsebauende Landwirt handelt sonach nur im wohlverstandenen Eigeninteresse, wenn er sich den auf dem Lande zu gründenden Absatzorganisationen für Gemüse ungekündigt anschließt.

Unsicherheitsmoment des Erntertrages besser berücksichtigt, denn niemand vermag voraussehen, ob Gemüse in diesem Jahre gut oder schlecht gedeihen wird. Um eine zweckmäßige Verteilung der von den einzelnen Kommunalverbänden getätigten Verträge bewirken zu können und zu verhindern, daß durch Preisstreben unvorhergesehenen Umlauf von Lieferungsverträgen sowie die Gemüseversorgung überhaupt gefährdet wird, tritt in die von den Kommunalverbänden mit den Erzeugerorganisationen abgeschlossenen Verträge die Reichsgemüsegesetz ein. Sie tritt indessen die Verträge an die Kommunalverbände wieder ab, sodaß der ursprüngliche Zustand erneut hergestellt wird. Dies auf den ersten Blick unverständliche und unverständliche Verfahren geschieht den Gemüsebauern einen bedeutsamen Vorteil. Es sichert den Landwirten nämlich die unbedingte Erfüllung der Verträge sowohl hinsichtlich der abgeschlossenen Menge als insbesondere in Bezug auf den vereinbarten Preis. Denn wenn wir einleuchtend ausführen, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse als alleiniges Mittel zur Verbesserung der Versorgung nicht in Frage kommen könne, so kann doch auf dem Mittel der Preisbegrenzung in Verbindung mit anderen wirksamen Maßnahmen, als die man den Abschluß von Lieferungsverträgen erkannt hat, nicht verzichtet werden. Es ist also mit der Festsetzung von Reichsgemüsepreisen bestimmt zu rechnen. Die dafür zuständige Reichsregierung aber ist die gleiche, die in die Lieferungsverträge eintritt. Daraus ergibt sich, daß diese Stelle an die von den Kommunalverbänden im Namen der Reichsregierung abgeschlossen, von ihr zu befristenden, nach einheitlichem Muster gehaltenen und mit den gleichen Preisen ausgestatteten Lieferungsverträge unter allen Umständen gebunden ist. Aus diesem Grunde und zur größeren Sicherheit der Gemüsebauern tragen deshalb alle Lieferungsverträge an Gemüse folgenden Inhalt des Präsidiums des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Wird, wie zu erwarten steht, ein Höchstpreis festgesetzt, der niedriger ist als der Vertragspreis, so bleibt der Anspruch des Anbauers auf den höheren Vertragspreis unberührt. Sollte wieder erwarten der Höchstpreis höher sein als der Vertragspreis, so darf der Anbauer die Zahlung des höheren Höchstpreises verlangen. — Diese bindende unumstößliche Zusicherung spricht sich selber. Mit Wirkung für das ganze Reich sind in dem Lieferungsverträge folgende Preise für den Unternehmer gelunder marktfähiger Handelsware frei verladen im Bahnwagen oder Schiff vorgesehene: für Herbstweißkohl 3 Mk., für Dauerweißkohl 4 Mk., für Rotkohl 3,50 Mk., für Dauerrotkohl 8 Mk., für Wirsingkohl 6 Mk., für Dauerwirsingkohl 7,50 Mk., für gelbe Kohlräben 2,50 Mk., für weiße Kohlräben 2 Mk., für rote Speisemöhren 6 Mk., für gelbe Speisemöhren 4 Mk., für weiße Möhren 3 Mk., für Zwiebeln vom 15. September bis 31. Oktober 8 Mk., dann von Monat zu Monat bis zum 1. März 1918 um je 50 Pfg. steigend bis zu 14 Mk. Für das Einmieten aller Gemüsearten werden für Monat und Zentner 50 bzw. 25 Pfg. besonders vergütet. Wohlverstanden, diese gewiß im Einklang mit den erhöhten Anbaukosten stehenden, unabänderlichen Preise gelten nur für Herbstgemüse. Hinsichtlich des Gemüses sollen etwaige Lieferungsverträge im wesentlichen auf Grund freier Vereinbarung — wenn auch nach einheitlichen Gesichtspunkten — zustande kommen. Ihrer Natur nach können die Lieferungsverträge, gleichgültig, ob für Herbst- oder Frühjahrslieferung, sich nur auf solche Gemüseanbauer erstrecken, die die Erzeugung selbstmäßig betreiben. Die Zuführung der gartenmäßig gewonnenen Gemüse und der später im eigenen Haushalte des Gemüsebauers sich ergebenden Ueberflüsse an Gemüse auf die Märkte soll auf anderem Wege erfolgen, über den hier nicht geredet werden soll.

Schandtaten der Franzosen ohne Ende.

Jeder deutsche Soldat, dem die Rückkehr aus französischer Gefangenschaft nach Deutschland gelungen ist, weiß über eine Fülle von Verbrechen zu berichten. Häufig gelangen Zeugen derselben Vorgänge auf verschiedenem Wege und zu verschiedenen Zeiten nach Deutschland zurück. Vertikal und zeitlich getrennt machen sie ihre Aussagen, die in den wesentlichen Punkten das gleiche schaurige Bild entrollen und damit den untrüglichen Beweis für ihre Richtigkeit erbringen. Unteroffizier W., der kürzlich nach Deutschland zurückgekehrt ist, wurde am 4. Juli 1916 von französischen Fremdenlegionären gefangen genommen, alsbald nach der Gefangennahme mit noch anderen Deutschen schwer mißhandelt und in eine Schacht geführt. Hier wurde jeder einzelne durchsucht. Die Taschen, darunter Beträge von 8—700 Mark, wurden ihnen abgenommen.

Die furchtbare Katastrophe in Archangelsk.

Tausende von Menschenopfern. Das Blatt Saporanda Nyheter erzählt, wie Politiken meldet, daß die Munitionsexplosion in Archangelsk am 27. Januar eine furchtbare Katastrophe war, die tausende von Menschenopfern forderte. Das Blatt schreibt: Nach den Berichten von Augenzeugen wurde am 27. Januar vormittags das größte Munitionslager der Welt in die Luft gesprengt. Die Katastrophe hatte vollständig den Charakter eines Erdbebens. Die Vorräte von Munition und Kriegsmaterial hatten eine Fläche von zwei Kilometer Länge und ein Kilometer Breite bedeckt. Die Explosionen erfolgten nacheinander Schlag auf Schlag. Bei der ersten wurde bereits die zwei Kilometer entfernte Eisenbahnstation zerstört. Der Materialschaden wird auf mehrere Hundert Millionen veranschlagt. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Katastrophe nicht durch Fahrlässigkeit verursacht worden ist, sondern daß es trotz strenger Bewachung Personen gelungen war, eine Bombe in das Lager einzuschmuggeln. Bisher wurden gegen 100 Finnländer unter dem Verdacht der Teilnahme verhaftet.

Reichstagsvorlagen.

Dem Reichstag ist nunmehr der Etat für das Rechnungsjahr 1917 zugegangen und außerdem eine Reihe weitere Gesetzentwürfe und zwar die folgenden: Die weitere Kriegsabgabe der Reichsbank. Der Gesetzentwurf über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank überweist von dem Gewinn der Reichsbank für 1916 vorweg dem Reich 100 Millionen Mark. Diese Ueberweisung soll einen Ausgleich darstellen, daß die aus bankpolitischen Gründen gebotene Aufhebung der Steuerpflicht den Gewinn der Reichsbank über das durch jene Aufhebung beabsichtigte und gerechtfertigte Maß hinaus gesteigert hatte. Diese Voraussetzung lag schon im Vorjahre vor und ist diesmal einfach wiederholt worden. Der Zuschlag zur Kriegsteuer. Die Vorlage über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegsteuer bestimmt, daß zu der bisherigen Abgabe auf Grund des Kriegsteuergesetzes ein weiterer Zuschlag von 20 Prozent erhoben wird. In der Begründung wird gesagt: Die Erhebung eines Zuschlages zu der außerordentlichen Kriegsabgabe in Höhe von 20 Prozent ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Kriegslasten des Reiches begründet, die zu einem im vorigen Jahre noch nicht überscharen

Der französische Feldgeistliche, der sich um einen dort befindlichen französischen Verwundeten bemühte, bekam es sogar fertig, einem deutschen Jäger ins Gesicht zu schlagen. Der Franzose wurde abtransportiert. Die Deutschen wurden in der Gefangenenzone festgehalten und mussten das Schlachtfeld nach Verwundeten absuchen. Hierbei beobachteten sie mit grauem Entsetzen, wie ihre verwundeten deutschen Kameraden von den Franzosen mit langen Schlachtmessern erstochen wurden. Die Franzosen ermordeten also deutsche Verwundete nicht nur bei Sturmangriffen unmittelbar nach Einnahme einer deutschen Stellung, sondern töteten auch die hinter ihrer Front liegenden Deutschen. Die Arbeit der herbeigekommenen Metzger erstreckt sich demnach nicht nur auf die genommenen deutschen Gräben, sondern auf das ganze Kampfgebiet. Die wenigen, die unverwundet hinter die französische Front gelangen, werden dort so untergebracht und behandelt, daß man unschwer die Absicht merkt, die Gefangenen in Frankreich zugrunde zu richten. So wurde denn auch W. mit seinen Kameraden tagelang dicht hinter der französischen Front entlang geführt. Als Quartier dienten ihnen teils das freie Feld, teils dunkle Schächte. Nach etwa vier Tagen begann für die Gefangenen die schwere Arbeit in Stein- und Sandgruben. Auch zum Abladen von Artilleriemunition wurden sie bei einer Arbeitszeit von täglich 12 Stunden verwendet. Hierbei passierte es einem der Gefangenen, daß er beim Ausheben eines Geschosses aus dem Geschützrohr verletzt wurde. Damit noch nicht genug, er wurde noch ebendort von den Franzosen getreten, vor die Brust geschlagen und geschlagen, wie denn überhaupt auch von den anderen Gefangenen kaum einer ohne eine derartige Mißhandlung, meist ohne oder aus geringfügiger Ursache, davorkam.

Don Stadt und Land.

Aue, 22. Februar.

Redaktion des Jahrbuchs, die auch ein Fernsprechverzeichnis enthält, erscheint, ist — auch im Buchzuge — nur mit genauer Kundenangabe gestattet.

Am 25. Februar waren es 25 Jahre, daß Herr Pastor Dertel, erster Diakon an Aue St. Nikolai, im geistlichen Amte tätig ist. Am 21. Februar 1892 wurde er als Pfarrvikar in Boda, Ephorie Borna, eingeweiht und ordiniert. Seit März 1893 wirkte er in der Kirchengemeinde St. Nikolai in Aue zu reichem Segen. Die Herren Geistlichen und Kirchenvorsteher waren erschienen, um den Jubilär zu beglückwünschen und ihm zugleich als Zeichen des Dankes eine wunderbare Standuhr zu überreichen. Bald darauf brachten auch Herr Oberkirchenrat Thomas, Herr Kantor Semmler (namens des Kirchenchors) und die Kirchenbeamten persönlich ihre Wünsche dar. Die Wöhring-Gartenfreier Pastorkonferenz hatte bereits in ihrer Montagsversammlung des Jubilars gedacht und ihm ein wertvolles theologisches Werk übergeben. Schriftliche Glückwünsche waren eingegangen von der Kircheninspektion, vom Rat der Stadt Aue, vom Frauenabend, dessen Leiter Herr Pastor Dertel ist, und von vielen Gemeindegliedern, vielfach von herrlichen Blumenpenden begleitet. Auch das Kinderheim Margarethenstift gedachte dieses Tages. Einige Pfinglinge waren gekommen um Herrn Pastor Dertel, der bekanntlich Vorstandsmittglied ist, durch die Deklamation eines hübschen Gedichtes zu erfreuen. Gott möge dem Jubilär, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, fernherhin Kraft verleihen, damit er noch lange Jahre in Segen als Seelsorger wirken kann.

Brandloffenbeiträge. Für das Jahr 1917 werden an Brandloffenbeiträgen der Abteilung für die Gebäudeversicherung zwei Pfennige für die Einheit und bei

der Mobil- (Maschinen-) Versicherung drei Pfennige für die Einheit erhoben. Es sind (wie 1916) zum April und Oktober-Termin dieses Jahres die Versicherungsbeiträge für die Gebäude mit je einem Pfennig und diejenigen für Maschinen mit je 1 1/2 Pfennig für die Einheit zu bezahlen.

M. I. Stärkere Fleischlieferung. Die Landesfleischstelle teilt uns mit, daß auch in den sächsischen Großstädten als Ersatz für die geringe Kartoffellieferung während der nächsten zwei Wochen eine etwas stärkere Fleischlieferung stattfinden wird. Die sichergestellte Menge wird etwas erhöht und dabei bestimmt werden, daß ein Teil der Fleischmarken doppelt geliefert werden kann, so daß der Verbraucher nach Einnahme der sichergestellten Fleischmenge noch etwa 100 Gramm Fleischmarken zum Einkauf von Konfekt, Wild, Geflügel oder zum Gebrauch in den Gastwirtschaften übrig behält. Das Nähere wird aus den Bekanntmachungen der Kommunalverbände zu ersehen sein. Hierdurch wird auch für Sachsen dasjenige geliefert, was für andere Großstädte bereits angekündigt worden war, dessen volle Erfüllung aber, wie wir hören, in mehreren Großstädten nicht möglich gewesen ist. Die sächsische Landesfleischstelle hofft, wie wir von ihr erfahren, daß dasjenige, was im vorstehenden versprochen wird, auch wirklich pünktlich beschafft werden kann.

Der Wintersport im Erzgebirge neigt sich zu Ende, denn der Frühling steigt auf die Berge. Die vergangene Woche hatte nochmals viele Fremde in unser Gebirge geführt, die Wintersportplätze füllten sich von Schneeschuhfahrern, Roblern und Fußwanderern, trotz des wenig versprechenden Wetters. Dann trat auch ein Temperatursturz und anhaltender Regen ein. Am Sonntagmorgen schien sich das Wetter zu bessern, aber am Nachmittag regnete es wieder. Kochend und dampfend ließen die Schneeschuhfahrer die nächsten Bahnstationen an, um die Rückreise anzutreten. Mutigere warteten auf Montag, um dann auch enttäuscht heimwärts zu fahren. Die Sportverhältnisse sind trotz des weniger neuen Schnees nicht eben günstig. Der Südhang des Erzgebirges, bis hinauf zum Pleßberg, ist teilweise schon schneefrei, große Flächen künden das Warten der Sonne, und auch die Verhältnisse am Nordhange sind nicht weniger als ideal. Robeln ist ganz ausgeschlossen, höchstens am Stelhang, und der Schneeschuh macht seinem Herrn oder seiner Herrin Mühe genug. Wenn in die Schneeschmelze nicht Frost kommt, so sind die Tage des Erzgebirgswinters und damit auch die Tage des Sportes geehrt. Sobald der Schnee kühniger wird, ist er trotz Nässe besser für den Schneeschuhsport als jetzt.

M. I. Verbotene Sammlung. Die Nationalgasse in Charlottenburg versendet als Unterstelle der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen gegenwärtig in Sachsen Rundschreiben, in denen zur Ausführung der Erträge der Nagelung von Kriegswahrzeichen an sie aufgefordert wird obwohl sie in Sachsen dazu keine Genehmigung besitzt, denn hier darf bekanntlich auf den Namen und für Rechnung der Nationalstiftung nicht gesammelt werden, da ja in Sachsen der Heimatdank als sächsische Landesstelle der Nationalstiftung die Fürsorge für Hinterbliebene ausübt, und demzufolge auch in Sachsen die Spenden zugunsten der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge dem Heimatdank zukommen. Die in Sachsen verbreiteten Rundschreiben der Nationalgasse sind deshalb unbedenklich zu lassen, und es ist von jeder Spende an die Nationalstiftung abzusehen.

Kriegsauszeichnungen. Der Soldat Walter Schmiedel, Sohn des Blaufarbenweckarbeiters Albin Schmiedel hieselbst, Mittelstr. 20 wohnhaft, wurde mit

der Friedrich-August-Medaille in Bronze ausgezeichnet; er steht seit Anfang des Krieges im Felde. — Dem Unteroffizier Otto Unger wurde das Eisene Kreuz verliehen; er ist bereits im Besitze der Friedrich-August-Medaille.

Konzert des Albertzweigvereins Aue. Auf das am kommenden Dienstag im Festsaal der ersten Bürger Schule stattfindende Konzert des hiesigen Albertzweigvereins machen wir hiermit nochmals aufmerksam. Als Mitwirkende sind, wie wir bereits mitteilen, genommen worden: Frä. Elisabeth Bokemeyer - Berlin (Klavier), Frä. Anne Frucht - Plauen (Gesang) und Herr Organist Pöbler - Aue (Begleitung). Zu Gehör gelangen Werke von Beethoven, Schumann, Schubert, Chopin, Liszt u. a. m. Karten zu 3, 2, und 1 Mark sind zu haben in den Buchhandlungen der Herren Rothe und Stopp.

Neue Verlustliste. Die Verlustliste Nr. 387 der sächsischen Armee ist gestern ausgegeben worden und kann in der Geschäftsstelle des Auer Tageblattes, Ernst-Papst-Straße 19, kostenlos eingesehen werden. Da die Verlustlisten jetzt in alphabetischer Anordnung ohne Anführung der Truppenteile veröffentlicht werden, ist bei den an das Nachweisebureau des Sächsischen Kriegsministeriums, Dresden-R., Königstraße 15, zu richtenden Anfragen über Seeresangehörige die Angabe des Truppenteils unbedingt erforderlich.

Schwarzenberg, 22. Februar.

Hygiene-Ausstellung Mutter und Säugling. Die Ausstellungsleitung wird, wie uns zugeteilt wird, ihr Geschäftszimmer bereits am 24. II. in Schwarzenberg, Realschule eröffnen. Alle Anfragen sind erbeten an die Ausstellungsleitung, Schwarzenberg, Realschule.

Kirchennachrichten.

Katholische Kirche.

Sonntag, den 25. Februar 1917: 7 Uhr Messe, 9 Uhr Messe und Predigt in der Gottesackerkapelle in Schwarzenberg. 1/3 Uhr Andacht. — Werktag 7 Uhr Messe. — Sonnabend, den 24. Februar infolge Ofendefektes kein Unterricht.

Amtl. Bekanntmachungen.

Aufkauf von Kohlrüben betr.

Unter Bezugnahme auf Biffer 2 der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 29. Dezember 1916 und 27. Januar 1917, abgedruckt in Nr. 803 und Nr. 24 des Erzgebirgischen Volksfreundes vom 31. Dezember 1916 und 31. Januar 1917 wird hiermit bekanntgegeben, daß die Frist zum freihändigen Aufkauf der im Bezirk beschlagnahmten Kohlrüben durch die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Dresden bezw. deren mit Ausweiskarten versehene Aufkäufer bis zum

21. März 1917

verlängert worden ist.

Schwarzenberg, den 20. Februar 1917.

Der Bezirksverband der Königlich-königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Dr. Zimmer.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Fritz Kruhold. — Druck und Verlag: Auer-Zeitung u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Einige jüngere oder ältere militärfreie Klempner (auch Kriegsbeschädigte) finden sofort Beschäftigung gegen Stücklohn. Zschopauer Maschinenfabrik J. S. Rasmussen Zschopau i. Erzg.

Die Homöopathische Abteilung von Kuntze's Apotheke bringt ihre Medikamente in empfehlender Erinnerung.

Neue u. gebr. Lederriemen kauft in allen Größen Chemische Bleicherei, G. m. b. H., Oederani. Sa.

Elektrische Anlagen sowie Revisionen elektr. Anlagen auf Feuersicherheit nach den Vorschriften der Feuer- Versicherungs-Gesellschaften führt gut und preiswert aus Adolf Oplitz, Ingenieur, Zwitokau, Konradstr. 6. Fernspr. 1806. Von der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Feuer-Versicherungs-Gesellschaften anerkannte Revisions-Stelle.

Wir suchen zu kaufen: Revolverbänke, Leitspindelbänke, Shaping-Maschinen. Ausführliche Angebote sind zu richten an Otto Kausch & Co., Komm.-Ges., Berlin-Tempelhof, Parkstraße 9.

Unterricht in Laute, Mandoline, Zither, Violine, Klavier und Harmonium erteilt nach leichter Methode auch außer dem Hause. Ullmann, Kons. gepr. Musiklehrer, Aue, Vodelstraße 4.

Wer besorgt Abluhr von 5000 kg Feidbahnmaterial zur Bahn? Smothesmer & Co., Leipzig.

Wäsche stift Fr. Frey, W.-Innstr. 48. Eine geor. Wanduhr mit Schlagwerk zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. N. L. 696 an d. Auer Tgbl. erb.

Todes-Anzeige. Allen Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß in der Nacht am 21. Februar unser einziges, herzensgutes Töchterchen Ilse nach kurzem Leiden im zarten Alter von 6 Monaten verschieden ist. Dies zeigen schmerz erfüllt an Willi Weber und Frau Martha geb. Schiegal nebst Grosseltern. Aue, Apolda, den 21. Februar 1917. Die Beerdigung unseres Lieblings erfolgt Sonnabend mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause Bisnarckstraße 29 aus.

Freiwillige Feuerwehr. Sonnabend, den 24. Februar findet die diesjährige Generalversammlung im Gasthaus Bürgersgarten statt. Anfang punkt 8 Uhr. Das Kommando.

Betriebs-Elektromotore u. Leitungsdrähte in allen Stärken Emil R. behmann Pflanzen im Vogtl. Fernstraße 150.

Zwei herrl. Herren, Alter 22 Jhr., wünschen die Bek. zweier junger Damen zw. 17. Jhr. Geirat. Zuschriften wenn mögl. m. Bild unt. N. L. 691 an die Geschäftsstelle d. Bl. Feldpostkarten in der Geschäftsstelle des Auer Tageblattes zu haben.